Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Pränumerationspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38, Vorm. 8–9 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (1spalt.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen Annoncen-Bureaus sämmtlicher namhafter Vermittelungsstellen an, für Aufgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

(D. R.-P.)
Thüre zu!
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
Thürschliesser.
75,000 St. im Gebrauch.
Prospecte gratis u. franco.
Curt Heinsius,
Königl. Sächs. Hoflieferant,
Dresden-N.,
Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2360.)

Gegründet 1867.
Bettfedern und Daunen,
genähte Inlets in jeder Preislage empfiehlt das
Special-Geschäft von **Julius Udluft**
An der Mauer 3 Kgl. Hoff. **Ecke Seestrasse.**

MATTONI's
GIESSHÜBLER
feinster alkalischer
SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI
in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Natürl. Mineralwässer,
garantirt diesjährige frische Füllung, im inneren Stadtbezirke freie Zusendung, nach auswärts unter billigster Berechnung der Verpackungsspesen.
Königl. Hofapotheke, Dresden.

C. Heinrich Barthel Putz- und Modewaarenhaus **Waisenhausstrasse 30** Fernsprecher III, 3390. **Eigene Strohhutfabrik. Neueste Modelle.**

Nr. 109. Spiegel: Wahlenthaltungen der Nationalliberalen und Antisemiten. Hofnachrichten. Güterverkehr. Armenwesen. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Der Prophet", Gesellschaft für Litteratur und Kunst. | Vermuthliche Witterung: Veränderlich, steig. Temp. | **Freitag, 19. April.**

Für die Monate Mai und Juni

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen**, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Der Reichstagsbeschluß vom 23. März war insofern als ein klärendes Ereigniß angesehen worden, als er, wie vor zwei Jahren die Stellungnahme zur Militärvorlage, wieder einmal den wahren Charakter und damit die natürliche Zusammengehörigkeit und Gegnerschaft der einzelnen politischen Parteien enthüllt hat. Die Minderheit, um Kaiser und Kanzler geschaart, bestand aus den nationalen Parteien, während sich im gegnerischen Lager in innigster Waffenbrüderschaft alle die Söldlinge jener undeutschen und antideutschen Bewegungen zusammengefunden hatten, die unser Vaterland unter das Joch fremder feindseliger Mächte beugen wollen. Das antibismarck'sche Votum des 23. März predigte die Lehre, daß eine gedeihliche innerpolitische Entwickelung jedes Paktiren mit den Faktoren jener reichsfeindlichen Mehrheit ausschließt, daß eine Unterstützung der Anhänger derselben, welcher Art sie auch sein möge, unverträglich ist mit einer gesunden nationalen Politik. Man hätte glauben sollen, daß das Schauspiel jenes Märztages so beschämend und die Entrüstung darüber nachhaltig genug sein müsse, um auf eine geraume Zeit die Parteien des ehemaligen Bismarck'schen Kartells diese Lehre beherzigen zu lassen und die Angehörigen des demokratischen Ultramontanismus, des jüdischen Freisinns und der Sozialdemokratie als Gegner zu behandeln, die unter allen Umständen bekämpft werden müssen und unschädlich zu machen sind. Das Verhalten der nationalliberalen wie der deutschsozialen Reformpartei zur bevorstehenden Reichstagsstichwahl im Kreise Eisenach zeigt leider das Gegentheil. Die Vertrauensmänner beider Parteien haben beschlossen, sich bei der Stichwahl zwischen dem von den Konservativen und dem Bunde der Landwirthe aufgestellten Kandidaten und dem Vertreter des Deutsch-Freisinns Richter'scher Couleur der Stimmabgabe zu enthalten. Diese Stimmenthaltung bedeutet praktisch nichts Anderes als die Unterstützung des Freisinns im Kampfe gegen einen Vertreter der nationalen Politik, also eine Förderung jener Richtung, die vor wenigen Wochen eine Ehre darin gesucht hat, unsere nationalen Errungenschaften, wie sie in dem Fürsten Bismarck verkörpert sind, vor aller Welt zu verleugnen. Der freisinnige Bewerber um das Eisenacher Reichstagsmandat, Casselmann, erhielt bei dem ersten Wahlgange rund 3500 Stimmen, sein konservativer Gegner Dr. Rösicke, der jetzt mit ihm zur Stichwahl steht, 3000 Stimmen. Der Kandidat der Nationalliberalen bekam etwa 2000, der antisemitische Konkurrent fast 2700 Stimmen, während für den Sozialdemokraten über 2800 Stimmen abgegeben worden waren. Es liegt somit auf der Hand, daß die Stimmenthaltung der Nationalliberalen und der Reformer den Sieg des Freisinnigen herbeiführen muß, selbst wenn die Umstürzler dem Kandidaten der ihnen am nächsten stehenden Partei ihre Unterstützung wider Erwarten und entgegen der bisher von ihnen geübten Praxis versagen sollten.

Wir sind überzeugt, daß die unpatriotische Haltung der Eisenacher Parteigenossen in den führenden und maßgebenden Kreisen der nationalliberalen Partei nicht gebilligt werden wird. Insbesondere wird in unserem engeren Vaterlande, wo patriotische Einsicht die gemäßigten Liberalen und die Konservativen zu treuer und bewährter Waffenbrüderschaft vereinigt hat, jenes unwürdige Verhalten von unseren Nationalliberalen auf das Entschiedenste verurtheilt werden, die, wenn sie sich vor dieselbe Alternative wie ihre Eisenacher Parteifreunde gestellt sähen, wohl keinen Augenblick schwanken würden, mit allen Mitteln den nationalen Kandidaten gegenüber einem Vertreter des Richter'schen Freisinns zu unterstützen. In der Begründung ihres Beschlusses machen die Eisenacher Nationalliberalen mit Recht geltend, daß der freisinnige Kandidat Casselmann deshalb nicht empfohlen werden könne, weil er eine radikale Richtung vertrete, welche durch ihre nahezu grundsätzliche Opposition gegen die Regierungen Unzufriedenheit in die weitesten Volkskreise hineingetragen und sich dadurch zu gedeihlichem politischen Schaffen unfähig erwiesen hat, weil er ferner durch seine Abstimmung zu Gunsten der Wiederzulassung der Jesuiten das evangelische Empfinden der Bewohner des Wahlkreises auf's Schwerste verletzt habe und weil er einer Partei angehört, die sich der Ehrung Bismarck's durch den Reichstag widersetzte. Das sind schwerwiegende Erwägungen grundsätzlicher Art, die sämmtlich zu Gunsten des anderen Konkurrenten, des konservativen Kandidaten Dr. Rösicke, sprechen sollten. Denn die konservative Partei, der sich Dr. Rösicke anschließen will, verwirft jede grundsätzliche Opposition, fühlt sich vielmehr vor allen anderen Parteien berufen, mit der Regierung so weit wie irgend möglich zu positiver Arbeit zusammenzuwirken; sie hat geschlossen gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes und für die Ehrung des Altreichskanzlers gestimmt. Dennoch haben die Nationalliberalen Eisenachs „nach reiflicher Ueberlegung" geglaubt, den Dr. Rösicke gegen Casselmann nicht unterstützen zu dürfen, sondern indirekt dem Letzteren zum Siege verhelfen zu müssen. Was gegen Dr. Rösicke vorgebracht wird, sind untergeordnete Gesichtspunkte rein parteipolitischer Art. In der Hauptsache wird ihm vorgeworfen, daß er ein Anhänger der Umsturzvorlage in der gegenwärtig vorliegenden Gestalt und ein Freund des Antrages Kanitz sei. Prinzipiell ist aber auch die nationalliberale Partei von der Nothwendigkeit überzeugt, daß die Umsturzpartei durch Abwehrmaßregeln auf dem Gebiete der Gesetzgebung bekämpft werden müsse und grundsätzlich erkennt sie die Nothlage der Landwirthschaft und damit zugleich die Pflicht an, dieselbe zu beseitigen. Nur über die Wege, die zur Lösung dieser beiden brennenden Tagesfragen eingeschlagen werden sollen, gehen die Ansichten der Nationalliberalen und der Konservativen auseinander. Im Prinzip stimmen also beide Parteien überein und bilden eine gemeinsame Gemeinschaft zu dem Freisinn. Trotzdem geben die Eisenacher Nationalliberalen diesem den Vorzug, indem sie durch Stimmenthaltung seinen Sieg sicher stellen. Sie verleihen damit dem Standpunkt ihrer Partei ein höheres Gewicht als den allgemeinen vaterländischen Interessen. Engherzige Fraktionspolitik, die fordert, daß die befreundete, auf gemeinsamem nationalen Boden stehende Nachbarpartei mit ihr auch in der Frage der Mittel zur Lösung der schwebenden Fragen übereinstimmen müsse, hat den Eisenacher Nationalliberalen das Gefühl der Verantwortlichkeit der ganzen Nation gegenüber verdunkelt und sie die Mahnung vergessen lassen, die ihr Führer von Bennigsen kurz vor der Reichstagsauflösung vor zwei Jahren allen Patrioten an's Herz gelegt hat: in erster Linie kommt das Vaterland, erst in zweiter die Partei!

Derselbe Tadel wie die Nationalliberalen des Eisenacher Wahlkreises trifft die dortige Parteileitung der antisemitischen Reformpartei. Diese kann nicht einmal parteipolitische Erwägungen für die indirekte Unterstützung geltend machen, die sie durch ihre Stimmenthaltung dem Vorkämpfer des verjudeten Freisinns angedeihen läßt. Die Eisenacher Antisemiten konnten zu ihrem Entschlusse nur gelangen in Verleugnung jeder nationalen und antisemitischen Gesinnung, in schroffstem Widerspruch zu ihrem eigenen Programm. Mit dem freisinnigen Casselmann wollen sie **absolut nichts gemein haben, in allen Punkten behaupten sie dessen** unversöhnliche Gegner zu sein. Gleichwohl suchen sie ihm den Weg zum Siege zu ebnen und Demjenigen die sichere Niederlage zu bereiten, mit dem sie in allen wesentlichen politischen Fragen auf demselben Standpunkte stehen. Die Gründe, die von den Antisemiten für die Wahlenthaltung angegeben werden, enthüllen das eigentliche Wesen der ganzen Zimmermann'schen Reformpartei. Sie entspringen dem erbärmlichsten Konkurrenzneide, wie er krasser in keiner anderen Partei vorwaltet. Weil es den Reformern nicht gelungen ist, ihren Kandidaten zur Stichwahl zu bringen, suchen sie jetzt denjenigen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen, der seinen Erfolg demselben wirthschaftlichen und antisemitischen Programm verdankt, mit dem sie selbst die Agitation betrieben haben. Wäre es den Führern der deutsch-socialen Reformpartei in Eisenach ernstlich um die Forderung jener allgemeinen politischen Interessen zu thun, die sie auf ihre Fahne geschrieben haben, handelte es sich für sie nicht blos um Stimmenfang und Wahlmache zur bloßen Förderung persönlichen Streberthums, dann hätten sie nimmermehr zu dem schmachvollen Entschlusse kommen können, dem konservativen Kandidaten des Bundes der Landwirthe ihre Unterstützung zu verweigern. Schon allein die Erwägung, daß mehrere Vertreter der deutschsozialen Reformpartei im Reichstage Mitglieder des Bundes der Landwirthe sind und daß die meisten der Führer, wie mit einer Ausnahme sämmtliche sächsischen Reformer, ihre Reichstags-Mandate nur den Konservativen zu verdanken haben, hätte die Eisenacher Antisemiten von der Wahlenthaltung abhalten müssen. Ihre Stellungnahme enthüllt wieder einmal in ihrer ganzen Blöße die wahre Natur dieser antisemitischen Parteirichtung, die unter dem Deckmantel patriotischer Bestrebungen keinen anderen Zweck hat, als dem persönlichen Ehrgeiz etlicher politischer Streber und Berufsagitatoren zu dienen, die aus dem Antisemitismus ein Geschäft, sei es für ihre Eitelkeit, sei es für ihren Geldbeutel, machen, dessen Einträglichkeit sie besonders durch Diejenigen beeinträchtigt glauben, die lediglich aus patriotischen und nationalen Interessen den Kampf gegen die Auswüchse des Semitismus aufgenommen haben. Ganz wie in Eisenach treiben es jetzt die Führer der deutsch-sozialen Reformpartei im Wahlkampfe um den Reichstagswahlkreis Dresden-Land. Gegen den konservativen Mitbewerber und Vertreter des Bundes der Landwirthe wird mit allen Mitteln der volksverderbenden und zersetzenden Demagogie gehetzt und geschürt, ohne Rücksicht auf die patriotische Erwägung, daß der Wahlkreis doch nur mit Hilfe der Konservativen vor der Eroberung durch die Sozialdemokratie geschützt werden kann.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. April.

Berlin. Dr. Chrysander in Friedrichsruh erhielt den preußischen Kronenorden 4. Klasse. — Die „Kreuz-Zeitung" theilt den Wortlaut des von dem Grafen zur Lippe-Biesterfeld an den Bundesrath gerichteten Protestes in der Thronfolgefrage mit. Es heißt in demselben: „Mit dem Lippe'schen Landtag und unzähligen bisher an die Oeffentlichkeit gedrungenen Aeußerungen von Sachverständigen bin ich von der Rechtsungiltigkeit und Rechtsunverbindlichkeit des hochfürstlichen Erlasses vom 15. Oktober 1890 betreffend Einsetzung einer Regentschaft überzeugt. Ich habe mich dieserhalb bisher nicht beschwerend an den hohen Bundesrath gewandt, weil ich des Vertrauens gelebt habe und noch lebe, daß derselbe von Amtswegen die Rechtsbeständigkeit jenes Erlasses prüfen und den aus der Verneinung derselben zu meinen Gunsten sich ergebenden Konsequenzen gerecht und nachdrückliche Folge geben werde. In dieser Erwägung unterlasse ich es auch, gegenwärtig dem hohen Bundesrath eine nähere Begründung meiner Rechtsansprüche auf die Führung der Regentschaft im Fürstenthum Lippe vorzutragen. Umso nachdrücklicher muß ich die Bitte aussprechen und den Anspruch erheben, es wollen für den Fall, daß nicht zwischen der Lippe'schen Landesregierung und dem Lippe'schen Landtage selbst im Wege der Landesgesetzgebung eine Verständigung über die zur Entscheidung der schwebenden Thronfolgestreitigkeiten zu bestimmenden Behörde gewonnen werde, seitens des hohen Bundesrathes alle diejenigen Schritte und Maßnahmen eingeleitet werden, welche in Anwendung des Artikels 76 Absatz 2 der Reichsverfassung einen sofortigen und unparteiischen Austrag der Sache herbeizuführen geeignet sind." — In Marinekreisen ist man gespannt darauf, wie sich die beiden Kriegsfahrzeuge „Kaiser" und „Prinz Wilhelm" bei ihrer Fahrt nach Ostasien bewähren werden, da sie ihrer Bauart nach in sanitärer Beziehung, also in erster Linie nur zum Dienste in heimischen Gewässern, das heißt in nördlichen Klimaten eingerichtet sind. Dieser Umstand fällt bei den beiden Schiffen umsomehr in's Gewicht, als auf ihnen auf unbestimmte Zeit gegen 1000 Mann nach den Tropen gehen sollen, mithin wird die Zahl der in Ostasien stationirten Mannschaften auf den gegenwärtig in japanisch-chinesischen Gewässern befindlichen Kriegsfahrzeugen gerade verdoppelt; überhaupt wird es das erste Mal sein, daß eines unserer Panzerschiffe in Ostasien die Kriegsflagge zeigt. — Der Kellner Nickel und seine Ehefrau wurden heute in ihrer brennenden Wohnung erstickt aufgefunden. Ob das Feuer durch einen unglücklichen Zufall entstanden oder durch die geistesschwache Frau Nickel angelegt ist, ist noch nicht festgestellt. — In Königsberg in der Mark werden auf gerichtliche Anordnung fünf Leichen, die bereits länger als sechs Jahre bestattet sind, behufs Obduktion ausgegraben. Es besteht der Verdacht, daß ein dortiger Schneidermeister die Verstorbenen mittelst Strychnins vergiftet hat.

Berlin. Zum Vorsitzenden des Komitees für den Bau der ostafrikanischen Centralbahn ist der Geheime Kommerzienrath Oechelhäuser gewählt. — Die Organisation der in Posen gegründeten Landesbank soll auch auf Oberschlesien ausgedehnt werden.

Halle a. d. S. In dem Geheimbundprozeß gegen 21 Mitglieder des hiesigen kommunistischen Klubs, der vor der Strafkammer des Landgerichts Halle verhandelt wird, ist auf den Antrag des Staatsanwalts Götze die Oeffentlichkeit ausgeschlossen worden.

Breslau. Die Tuchfabrik von Werner in Goldberg ist in vergangener Nacht total niedergebrannt.

Bremen. Beim gestrigen Festessen zu Ehren des elften deutschen Geographentages wurde auf Anregung des Grafen Linden ein Huldigungstelegramm an Fürst Bismarck gerichtet.

Lübeck. Die Grundsteinlegung für den Elbe-Trave-Kanal ist auf den 31. Mai angesetzt.

Kosel. Der neuerbaute Oderhafen, welcher durch das Kanalisirungswerk der oberen Oder vollendet ist, wurde heute feierlich eröffnet.

Marburg. Fürst Bismarck wird am Sonntag den Rektor der hiesigen Universität Professor Fischer und sieben andere Herren als Deputation der Vereinigung Alter Burschenschafter Deutschlands zur Entgegennahme einer Adresse empfangen.

Posen. Unter Betheiligung von Berliner Banken wird der Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken in einigen Wochen eine ostdeutsche Landesbank mit einem Grundkapital von 3 Millionen Mark gründen. Der Zweck der Bank ist, die Ansiedelung von Deutschen aus Mittel- und West-Deutschland zu bewirken. Der Verein zählt jetzt in den Ostmarken 3000, im Reich 8000 Mitglieder; die Berliner Ortsgruppe hat 600 Mitglieder.

Posen. Der kürzlich in der Steiermark verstorbene türkische Divisionsgeneral a. D. Sefer-Paicha (Graf Ladislaus Koscielski) hat seinen Neffen, den bekannten früheren Reichstagsabgeordneten Josef von Koscielski, zum Universalerben eingesetzt. Die Erbschaft umfaßt gegen 6 Millionen Francs, sowie das Schloß Bertholdstein in Steiermark mit kostbaren Kunst- und Waffensammlungen.

Wien. Nachdem gestern der Streik der Ziegelarbeiter — es feiern im Ganzen 10,000 Mann — ruhig verlaufen war, kam es heute zu Zusammenstößen, wobei es auch Schwerverwundete gab. Die Streikenden verhinderten das Aufladen der Ziegeln. Die Polizei ging energisch vor und dabei kamen einige ernste und viele leichte Verwundungen vor.

Wien. Der Kaiser spendete 100,000 Gulden für die durch das Erdbeben Geschädigten.

Laibach. In der heutigen Nacht erfolgten abermals drei leichte Erdstöße. Die Aufregung dauert fort, die Bevölkerung brachte die Nacht im Freien zu. Heute trat Regen ein. Bis jetzt zählt man 66 Stöße.

Laibach. Die Landesregierung traf Maßnahmen zur Unterbringung der Obdachlosen und traf sanitäre Maßregeln. Für die Vertheilung der Kaiserspende wurde eine Kommission eingesetzt. Pioniere wurden beordert zur Sicherung des Museums, des Theaters und der öffentlichen Bauten. Es wurde ein besonderer Zug zwischen Laibach und Lees eingerichtet, um den Bewohnern Laibachs die Möglichkeit zu geben, außerhalb zu übernachten. Die Schulen bleiben mehrere Wochen geschlossen und werden, soweit sie baufällig sind, für Unterbringung der Obdachlosen verwendet. Die Ordnung ist musterhaft. In dem Bezirke Stein waren die Verwüstungen am bedeutendsten. Die Kirche und 24 Häuser wurden zerstört, Pfarrhaus und Schule arg beschädigt.

Paris. Hier sind ernste Nachrichten über die schwedisch-norwegische Krise verbreitet. Man will wissen, der König gedenke eventuell abzudanken.

Paris. Die Nachricht von einem geplanten Anschlag auf den Präsidenten Faure wird dementirt.

Paris. Das „Petit Journal" will wissen, die Polizei sei benachrichtigt, daß ein gefährlicher Anarchist aus London nach Havre gekommen sei und einen Mordanschlag auf Faure plane. Der Präsident wird sorgfältig gehütet. — Blowitz sagte gestern bei seiner Vernehmung durch den Ausschuß der Zeitungsleiter, Rudolf Lindau habe hier seinerzeit die Aufgabe gehabt, zum Vortheil Deutschlands Einfluß auf die Pariser Presse zu üben. Er habe dies durch häufige Empfänge in seinem gastlichen Hause und durch persönliche Freundschaftsbeziehungen zu Presseleuten erreicht.

Havre. Der englische Konsul stellte den Kommandanten und die Offiziere der „Australia" dem Präsidenten vor und sagte, die Entsendung der „Australia" solle ein Zeugniß der wahrhaft freundschaftlichen Gefühle Englands für Frankreich sein. Faure erwiederte, daß dieser Beweis die freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten noch befestigen werde.

Rom. Der Minister des Innern erließ ein Cirkular an die Präfekten, worin jede öffentliche Manifestation am 1. Mai verboten und Versammlungen nur in geschlossenen Räumen und nur mit polizeilicher Erlaubniß gestattet werden.

Brüssel. Im südlichen Belgien wurde ein 4 Sekunden dauerndes Erdbeben beobachtet. — In Rimy wurden die Kirche und mehrere Häuser beschädigt. Drei Menschen wurden getödtet.

Madrid. Marschall Martinez Campos ist gestern in Cuba eingetroffen. Derselbe forderte die Insurgenten auf, Delegirte zu ihm zu entsenden, um mit ihnen über die Lage zu berathen. Die Rebellen haben jedoch diesen Vorschlag abgelehnt.

Washington. Aus Tokio wird gemeldet, China willigte ein, die Likinabgaben nicht mehr zu erheben, eine einheitliche Taelwährung einzuführen und den Ausländern zu gestatten, Fabriken zu errichten, Maschinen einzuführen und Waarenhäuser im Innern zu bauen. Die handelspolitischen Zugeständnisse sollen allen Nationen gleichmäßig zu Theil werden.

Yokohama. Für die Ratifikation des Friedensvertrages ist eine dreiwöchentliche Frist gesetzt.

Simla. Der Vicekolonialrath beschloß, mit Umra-Kahn zu unterhandeln. Die Bedingungen werden bis zur Annahme geheim gehalten.

Photographie-Atelier „Adèle"
Garantirt künstlerische Ausführung von Portraits, Gruppen
11 Striesener Platz 11, Pferdebahnlinie 4 rechts.